

Zürich, 10. September 2015

Ökonomen

(gute und schlechte)

NZZ vom 6.-8. September 2015



Schlagzeilen aus der NZZ

(Die Kommentare des Verfassers finden sich im umrandeten Bereich)

2. Jahrgang Nr. 222

Irrationaler Überschwang bei den Ökonomen-Ratings!

«Ökonomen-Einfluss-Ranking» 2015 - Prägende US-Forscher

Jürg Müller, 6. September

Das «Ökonomen-Einfluss-Ranking» der NZZ beschränkt sich auf den deutschsprachigen Raum. Würden die Wirtschaftsforscher des Auslands berücksichtigt, wären diese in der Rangliste prominent präsent.

Einflussreichste Ökonomen 2015	
Rg. ¹ Name	Punkte
2. Krugman, Paul, Princeton University	470
3. Stiglitz, Joseph, Columbia University	426
4. Piketty, Thomas, Paris School of Economics	386
8. Rogoff, Kenneth, Harvard University	296
11. Tirole, Jean, Toulouse School of Economics	255
12. Sachs, Jeffrey, Columbia University	230
16. Rodrik, Dani, Harvard University	183
17. Blanchard, Olivier, MIT	180
18. Collier, Paul, Oxford University	163
23. Shiller, Robert, Yale University	119
¹ Hypothetischer Rang im «Ökonomen-Einfluss-Ranking» der NZZ. QUELLEN: NZZ, ECONWATCH, ELSEVIER, MEDIA TENOR, UNIVERSITÄT DÜSSELDORF, ZBW	

Auf Thomas Piketty, Paul Krugman und Joseph E. Stiglitz wird auch in der Schweiz gehört.

(Bild: Imago, Imago, Peter Klaunzer / Keystone)

Sind die Populärwissenschaftler die besseren Ökonomen?

Diese Frage darf erlaubt sein!

Robert J. Shiller wird erst im 23. Rang aufgeführt!
(vgl. sein Werk: Irrationaler Überschwang – Irrational Exuberance, 2000)

Starkes linkes Lager - Mit Paul Krugman, Joseph Stiglitz und Thomas Piketty würden die Top 5 auch politisch umgekrempelt – die drei Ökonomen werden alle dem linken Lager zugerechnet. Interessant ist, dass die Wirtschaftsforscher hauptsächlich bei der öffentlichen Wahrnehmung punkten. Besonders Politiker scheinen auf das Trio zu hören; Stiglitz erzielt sogar das Punktemaximum beim Einfluss auf die Politik.

Dass die hiesigen Politiker vermehrt auf linksorientierte Ökonomen des Auslands hören, dürfte nicht zuletzt an einem **Mangel an prominenten konservativen Wirtschaftsforschern in den USA** liegen. **Manche Beobachter sprechen gar von einer generellen Links-Verschiebung bei den Wirtschaftswissenschaftlern.** So hätten beispielsweise **Forderungen nach einem Mindestlohn** jüngst einen Aufschwung erfahren.

Dominanz der USA - Des Weiteren fällt die Vorherrschaft der US-Universitäten auf. Nur drei der zehn einflussreichsten Ökonomen forschen in Europa: **Der Franzose Piketty hat sich mit seinem Buch «Das Kapital im 21. Jahrhundert» in der breiteren Öffentlichkeit einen Namen gemacht.** Seinem Landsmann Jean Tirole wurde vergangenes Jahr der Nobelpreis verliehen, was sein gutes Abschneiden im Ranking erklärt. Der dritte Europäer, **Paul Collier, kann bei den Politikern nicht punkten. Doch der britische Experte für Migrations-Fragen war jüngst in den Medien gefragt.**

Ebenfalls beliebt bei den Journalisten ist Kenneth Rogoff, der von allen Wirtschaftsforschern des Auslands den höchsten Wert im Medien-Ranking erzielt. **Der ehemalige Chefökonom des Internationalen Währungsfonds gilt als profunder Kenner der Geschichte von Finanzkrisen.** Schweizer Politikern scheint er

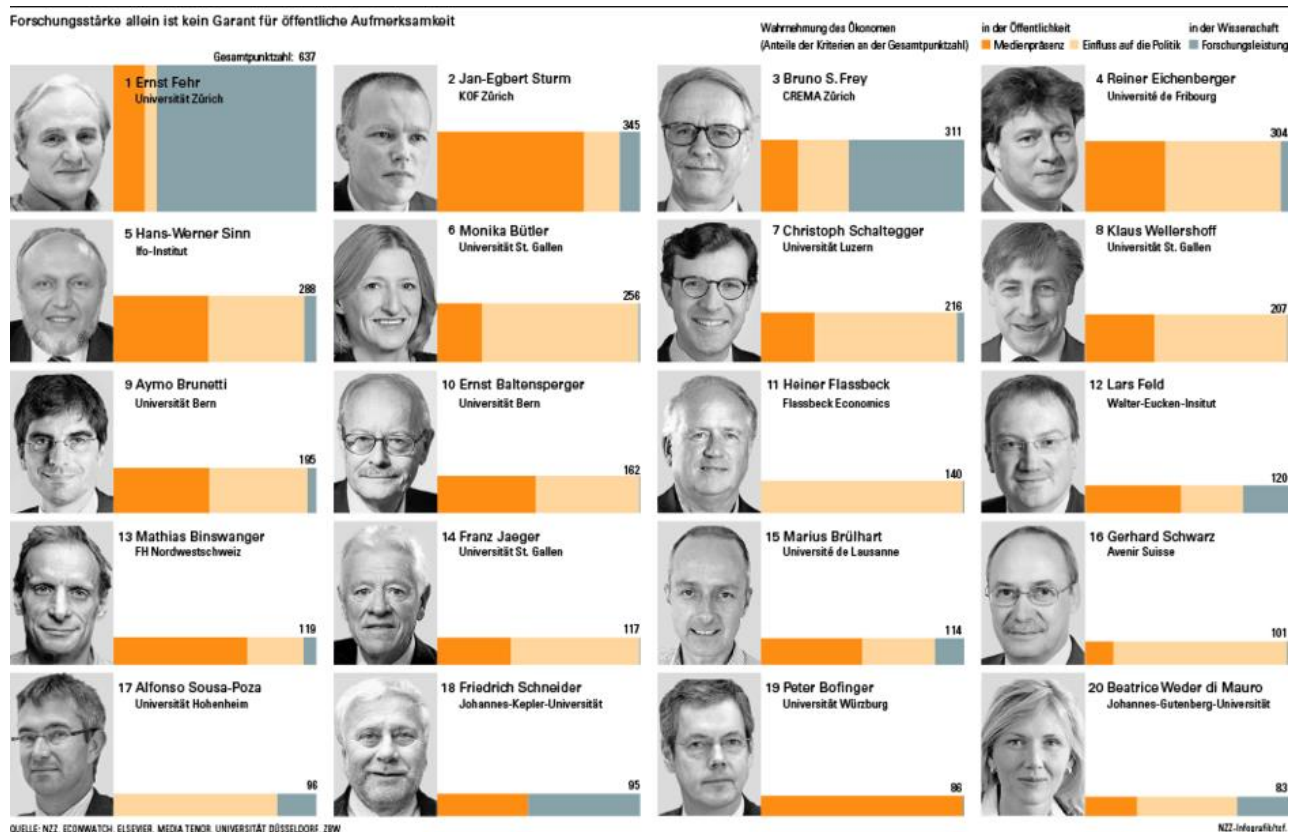
allerdings unbekannt zu sein: Der Harvard-Professor erzielt null Punkte im Politik-Ranking. **Gerade vor dem Hintergrund der ausserordentlichen Situation auf den Finanzmärkten mit extrem niedrigen Zinsen und seit Jahrzehnten steigenden Schuldenständen** wünschte man Rogoff auch in der Schweiz mehr politische Beachtung.

Es fällt auf, Ökonomen mit linken Themen, insbesondere Thomas Piketty, haben einen Startvorteil in diesem Rating! Aber Robert Shiller hat gar schon mehrere Bücher geschrieben.

«Ökonomen-Einfluss-Ranking» 2015 - Welche Ökonomen in der Schweiz den Ton angeben
Jürg Müller, 5. September

Ernst Fehr führt zum zweiten Mal in Folge das Ökonomen-Ranking der NZZ an. Der an der Universität Zürich forschende Professor würde auch nicht vom Thron gestossen werden, wenn das Ranking auf alle Wirtschaftsforscher ausgeweitet werden würde – also auch auf solche, die ausserhalb des deutschsprachigen Raumes forschen und lehren. Fehrs Kollegen auf dem Podest müssten in diesem Fall allerdings ihre Plätze räumen.

Die meisten Ökonomen-Rankings betrachten nur die Forschungsleistung. **Um hingegen in der Rangliste der NZZ zu bestehen, müssen Wirtschaftsforscher auch in der Öffentlichkeit wahrgenommen werden.**



Startups sollten Komplexität beherrschen, aber Einfachheit liefern, hiess es jüngst an einer Veranstaltung für Jungunternehmer in Zürich. **Ökonomen dürfen sich diesen Ratschlag ebenfalls zu Herzen nehmen.** Wirtschaftspolitische Ideen haben schliesslich nur dann eine Chance auf Verwirklichung, wenn sie in der Gesellschaft auch verstanden und wahrgenommen werden. **Das «Ökonomen-Einfluss-Ranking» der NZZ stellt deshalb nicht nur auf die Forschungsleistung ab, sondern berücksichtigt explizit auch die Medienpräsenz und den Einfluss auf die Politik.**

Spitzenplatz unangefochten - An der Spitze liegt auch 2015 wieder **Ernst Fehr**. Der an der Universität Zürich lehrende Österreicher punktet besonders mit seinen wissenschaftlichen Leistungen im Gebiet der **Verhaltensökonomie**. Während Fehr in den Medien durchaus zitiert wird, nimmt man ihn in der Politik eher weniger wahr. Auf dem zweiten Platz hat Jan-Egbert Sturm den Freiburger Professor Reiner Eichenberger verdrängt. Sturm, der die Konjunkturforschungsstelle an der ETH Zürich leitet, hat sich bei

der Medienpräsenz massiv gesteigert. Die Bronzemedaille sicherte sich schliesslich auch dieses Jahr Bruno S. Frey. Wie Fehr weist Frey ein markantes akademisches Profil auf; er hat sich ebenfalls im Gebiet der Verhaltensökonomie hervorgetan und zudem wegweisende Beiträge zur politischen Ökonomie und zur Glücksforschung verfasst.

Die 20 einflussreichsten Ökonomen in der Schweiz - In die Top 20 der Schweiz haben es dieses Jahr gleich sieben Ökonomen geschafft, die in Deutschland forschen und lehren. **Hans-Werner Sinn ist dabei der Bestplacierte.** Er erreichte im Vorjahr bereits den siebten Platz, nun belegt er gar Rang fünf. Grund dafür dürfte die **Euro-Krise** sein, zu der sich Sinn wiederholt prononciert geäussert hat.

Blick hinter die Kulissen - Neben der Gesamtwertung ist natürlich besonders interessant, wie sich die öffentliche Wahrnehmung der Ökonomen verändert hat. Die Aufschlüsselung der Resultate bei der Medienpräsenz ist hierzu aufschlussreich. Würde man die **wissenschaftliche Leistung** nicht als Bedingung für die Aufnahme ins endgültige Ranking nehmen, würden Verbands- und Firmenökonomien besser abschneiden. So äusserte sich **Daniel Lampart** vom Schweizerischen Gewerkschaftsbund (SGB) oft zum Arbeitsmarkt und **Daniel Kalt** von der UBS zu den Finanzmärkten. **Lampart und Kalt seien darüber hinaus in diesem Jahr besonders im Hinblick auf Themen rund um die Aufhebung des Euro-Mindestkurses gefragt** gewesen, erläutert Tobias Thomas, Forschungsdirektor von Media Tenor.

Aus Sicht der Wirtschaft enttäuscht, dass **Rudolf Minsch** als einziger Vertreter von Economiesuisse nur halb so oft in den Medien zitiert wird wie sein Pendant vom SGB. Der Einfluss des Wirtschaftsdachverbands hat jüngst gelitten. Economiesuisse-Präsident Heinz Karrer will deshalb wieder vermehrt [den Dialog mit der Bevölkerung suchen](#). Dabei dürfte wie für Jungunternehmer und Ökonomen gelten: Die komplexen wirtschaftlichen Zusammenhänge müssen so einfach wie möglich erklärt werden.

Um hingegen in der Rangliste der NZZ zu bestehen, müssen Wirtschaftsforscher auch in der Öffentlichkeit wahrgenommen werden. **Was heisst denn dies schon wieder?** Wie muss er denn in der Öffentlichkeit wahrgenommen werden? **Und warum ist denn Silvio Borner, in St. Gallen ausgebildeter emeritierter Volkswirtschaftsprofessor der Universität Basel überhaupt nicht im Rating unter den ersten Zwanzig vertreten?** Er hat sich zumindest auch mit seinem Artikel über die Energiestrategie ein Namen gemacht. Dieser Artikel hat auch zu vielen Leserbriefen geführt, allerdings konnte diese Meinung natürlich nicht mehr berücksichtigt werden! **Auch im Schweizer Rating scheint alles auf die Öffentlichkeit ausgerichtet zu sein.** Ernst Fehr ist der Initiator des durch die UBS gestifteten Lehrstuhls für Volkswirtschaft an der Universität Zürich. **Das ist wohl schon Publicity genug!**

Verhaltensökonomie? Wo ist denn **Thorsten Hens** von der Universität Zürich, der im Bereich der Behavioral Finance kein Unbekannter ist? Wo ist **Marc Chesney**, der im Bereich Derivative Instrumente und Finanzmarktstabilität eine bekannte Grösse ist? Und wo ist **Thomas Straubhaar**, ist er in Ungnade gefallen? **Tobias Straumann**, der Wirtschaftshistoriker der Uni Zürich, ein interessanter Mann, wird wohl erst in ein paar Jahren aufrücken!

Hans-Werner Sinn ist ein bewährter Name einer **kritischen Begleitung der Euro-Krise**, lebt aber zweifellos von seinen oft auch **provokativen Statements**.

Zudem fällt auf, dass sich weiterhin „Oldtimer“ auf vorderen Plätzen befinden, so **Bruno S. Frey**, der seinen Lehrstuhl abgetreten hat, **Franz Jäger**, ein in späten Jahren zum Professor aufgerückten und **Gerhard Schwarz**, der natürlich noch immer von seinem Amt als Leiter der Wirtschaftsabteilung der NZZ profitiert. **Mit Monika Bütler und Beatrice Weder-Di Mauro** sind immerhin noch zwei Frauen in die ersten Zwanzig aufgerückt. **Iris Bohnet** hat es dazu, trotz VR-Mandat bei der Credit Suisse, nicht gereicht.....!

«Ökonomen-Einfluss-Ranking» 2015 - Die wichtigsten Veränderungen im Überblick Jürg Müller, 5. September

Wer abgestiegen ist und wer sich im Jahresvergleich verbessern konnte. Zudem: Welche Ökonomen neu den Sprung unter die ersten 20 geschafft haben. **-Klaus Wellershoff ist der höchste Neueinsteiger im diesjährigen Ökonomen-Ranking der NZZ.**

Neben den Neueinsteigern aus Deutschland sind drei Ökonomen neu im Schweizer Ranking vertreten. Am höchsten ist Klaus Wellershoff eingestiegen. **Der ehemalige UBS-Chefökonom** hat die wissenschaftliche Hürde von fünf Zitaten dieses Jahr knapp geschafft und kann besonders in der Politikumfrage, aber auch bei den Medienziten punkten.

Einen stärker akademischen Hintergrund hat **Marius Brühlhart**. Er forscht und lehrt an der Universität Lausanne unter anderem zu den Themen Handel, Steuern und Ökonometrie. **Ebenfalls neu im Ranking ist der ehemalige NZZ-Wirtschaftsleiter Gerhard Schwarz aufgeführt;** er ist seit 2010 Direktor der liberalen Denkfabrik Avenir Suisse.

Die beiden grossen Aufsteiger des diesjährigen Rankings sind **Christoph Schaltegger und Ernst Baltensberger**. Schaltegger lehrt sowohl an der Universität Luzern als auch an der Universität St. Gallen. Sein Fachgebiet ist die **politische Ökonomie**, und er war zuvor Mitglied der Geschäftsleitung beim Wirtschaftsdachverband Economiesuisse. **Als emeritierter Professor der Universität Basel beschäftigt sich Baltensberger weiterhin mit seinem Fachgebiet der Geldpolitik.** Die jüngsten Wirren um den Schweizerfranken dürften daher seinen Aufstieg im Ranking erklären.

Den grössten Absturz im «Ökonomen-Einfluss-Ranking» 2015 der NZZ muss Franz Jaeger verkraften. Der emeritierte Professor der Universität St. Gallen und ehemalige Nationalrat hat zwar seine Wahrnehmung in der Politik gesteigert, er konnte damit aber nicht seine **verminderte Medienpräsenz** aufwiegen.

Klaus Wellershoff ist der höchste Neueinsteiger im diesjährigen Ökonomen-Ranking der NZZ. Kunststück, bei seiner Medienpräsenz am Schweizer Fernsehen. Die gleiche Medienpräsenz schaffen nur einige Politiker/Politikerinnen beim Sonn-Talk oder bei Talk täglich bei Tele Züri!
Die beiden Professoren gehören zweifellos zu den einflussreichsten Ökonomen, wobei es erstaunlich ist, dass Ernst Baltensberger als Aufsteiger betrachtet wird.

Brunetti: «Vollgeld-System wäre zu radikal»

www.cash.ch

Pascal Züger, 8. September



Aymo Brunetti ist Professor für Wirtschaftspolitik und Regionalökonomie an der Universität Bern.

Gemäss Ökonom Aymo Brunetti warten noch einige schwierige Quartale auf die Schweizer Wirtschaft. Ausserdem äussert er sich im Interview zur Bankenregulierung und zu den reizvollen Aspekten des Vollgeld-Systems.

cash: Seitdem die Schweizerische Nationalbank die Anbindung des Frankens zum Euro aufgegeben hat, sind fast acht Monate vergangen. Wie hat die Schweizer Wirtschaft diesen Schock verkraftet?

Aymo Brunetti: Die Schweizer Wirtschaft hat sich deutlich abgekühlt, was zu erwarten war. Der Effekt war in weiten Teilen der Wirtschaft zwar stark, aber nicht so stark wie zunächst befürchtet. Die Unternehmen haben den Schock noch nicht überwunden, aber grundsätzlich haben sie sich relativ gut auf die jetzige Situation eingestellt. **Aus den neuesten BIP-Quartalszahlen kann man jedoch schliessen, dass die Gewinnmarge vieler Schweizer Unternehmen kleiner wurde, da die Preise auf breiter Ebene reduziert wurden. Haben wir das Schlimmste überstanden oder kommt der grosse Wachstumseinbruch erst noch?**

Zurzeit leben Unternehmen teils noch von Aufträgen, die vor der Aufhebung des Mindestkurses abgeschlossen wurden. Das fällt jetzt langsam weg und unter dem neuen Wechselkurs werden hier Einbussen kommen. **Von dem her erwarte ich durchaus noch einige schwierige Quartale in der Schweiz.** Von einer schweren Rezession gehe ich jedoch nicht aus. Aber bis wir zurück zum normalen Wachstum finden, dürfte es noch eine Weile dauern.

Der starke Franken birgt ja die Gefahr, dass eigentlich gesunde Unternehmen nicht mehr profitabel produzieren können. Kommt es deshalb zu einem unerwünschten Strukturwandel in der Schweiz mit negativen Folgen?

Wenn man längerfristig eine zu starke Währung zulässt, kommt es tatsächlich zu einem Strukturwandel, der zu weit gehen könnte. Die Situation ist zurzeit aber sicherlich weniger dramatisch als nach Auflösung

des Mindestkurses im Januar, wo zeitweise Euro-Franken-Parität herrschte. **Der Franken ist zwar stark überbewertet, aber nicht mehr ganz so extrem wie damals.**

Welche Branchen wären vom Strukturwandel betroffen?

Stark betroffen wäre der Tourismus. **Und auch andere Unternehmen, die in den europäischen Wirtschaftsraum exportieren und gleichzeitig kaum Möglichkeiten haben, dies über Importe zu kompensieren.**

Muss der Staat intervenieren, um dieser Fehlentwicklung entgegenzuhalten?

Nein, denn wirklich eine Überbewertung verhindern kann nur die Geldpolitik. Staatliche Interventionen, wie zum Beispiel die Subventionierung gewisser Branchen, wären extrem ineffizient. Aber was der Staat tun kann, ist darauf achten, dass die allgemeinen Rahmenbedingungen stimmen. Ich denke da in erster Linie an das steuerliche Umfeld und die Europapolitik.

Sie haben sich in ihrer Expertengruppe intensiv mit der Too-big-to-fail-Problematik auseinandergesetzt und dem Bundesrat konkrete Massnahmen zur Förderung der Finanzmarktstabilität unterbreitet. Sind Grossbanken sicherer als noch 2008?

Mit Sicherheit. 2008 war die Situation ausserordentlich heikel. Seither gab es eine erste Welle von Too-Big-to-fail-Massnahmen und die Banken selber unternahmen grosse Schritte, um sicherer zu werden.

Und ist das ausreichend?

Aus ökonomischer Sicht wäre es dann ausreichend, wenn Banken nicht mehr vom Staat gerettet werden müssten, wenn etwas schief laufen würde. So weit sind wir noch nicht, aber die Richtung stimmt mit Sicherheit. Unsere Expertengruppe hat eine ganze Reihe von zusätzlichen Massnahmen zur Systemsicherheit empfohlen. **Eine Mischung aus Kapitalanforderungen an die Banken und einer Organisation,** in der Art, dass Grossbanken aufgelöst werden können ohne die Systemstabilität zu gefährden.

In ihrem Bericht erwähnen Sie auch die Finanztransaktionssteuer, welche in Frankreich und Italien bereits Realität ist. Weitere elf EU-Mitgliedstaaten planen die Einführung einer gemeinsamen Finanztransaktionssteuer. Ist es eine Frage der Zeit, bis die Schweiz hier auch nachziehen muss?

Internationalen Druck in diese Richtung wird es kaum geben. **Es geht deshalb vor allem darum, eine Doppelbesteuerung zu vermeiden, um die eigene Wettbewerbsfähigkeit nicht zu mindern.** Wichtig ist, **dass diese Steuern nicht eine extraterritoriale Wirkung entfalten,** sprich, dass es nicht zu einer Doppelbesteuerung führt, wenn die Schweiz eine Umsatzbesteuerung hat und das gleiche Produkt zusätzlich in einem anderen Land mit einer Finanztransaktionssteuer besteuert wird.

Welches Vorgehen empfehlen sie?

Da sehen wir **verschiedene Stossrichtungen.** Zunächst, dass sich die Schweiz international dafür einsetzt, dass die Steuer nicht extraterritorial wirkt. Tut sie das trotzdem, sollte die Schweiz versuchen, dies über Doppelbesteuerungsabkommen mit einzelnen Partnerstaaten zu mindern. Und wenn das nicht funktioniert, wäre es vorstellbar, **dass die Schweiz durch autonome Massnahmen die Verzerrung beseitigt, etwa durch die Reduktion der Umsatzsteuern.**

Derzeit werden in der Schweiz Unterschriften für die Vollgeld-Initiative gesammelt, welche das Finanzsystem total umkrempeln will und den Geschäftsbanken die Geldschöpfungsmacht entziehen möchte.

Wie stehen Sie zu diesem Vorschlag?

Die meisten Ökonomen werden sagen, dass ein Vollgeld-System grundsätzlich funktionieren kann. **Aber 'how to get there' ist das grosse Problem.** Wenn man das Vollgeldsystem auf einer grünen Wiese konstruieren könnte, wäre es durchaus eine denkbare Variante. Das Problem ist aber, dass wir heute ein ganz anderes System haben. **Eine radikale Umstellung wäre notwendig, in einem Umfeld, wo alle anderen Länder das jetzige System beibehalten würden.** Für die Wirtschaft und unseren Finanzplatz im Speziellen wäre dies eine unglaublich schwierige Umstellung. **Der Nutzen durch das neue System ist vernachlässigbar verglichen mit den extremen Risiken, die durch den totalen Umbau entstehen würden.**

Aber ein Vollgeld-System würde die Finanzstabilität erhöhen?

Beim Übergang zum neuen System wäre die Finanzstabilität stark gefährdet. **Ausserdem gibt es viel bessere Instrumente, die Finanzstabilität zu sichern.** Und zwar sind dies eben **Massnahmen zur Reduktion der Too-big-to-fail-Problematik,** wie sie von unserer Expertengruppe dem Bundesrat vorgeschlagen wurden. Dies reduziert das Problem mit viel einfacheren Mitteln als die radikale Vollgeldreform.

In einem Interview mit der Weltwoche hat der emeritierte Ökonomieprofessor Silvio Borner, bei dem Sie doktoriert haben, Sie als den Ökonomen der jüngeren Generation genannt, der am ehesten so denkt wie er. Welche Ökonomen haben Sie denn in ihrer Denkweise am stärksten beeinflusst?

Da gibt es einige. Ich habe in Basel studiert, dort haben mich **Silvio Borner**, aber auch etwa **Peter Bernholz** und **Martin Hellwig** beeinflusst. International gesehen hat mich zum Beispiel **Paul Romer** stark geprägt, welcher die Art und Weise, wie Ökonomen über Wachstum denken, veränderte.

Aymo Brunetti ist Professor für Wirtschaftspolitik und Regionalökonomie an der Universität Bern. Er ist ebenfalls geschäftsführender Direktor des Center for Regional Economic Development (CRED) an der Universität Bern. Zudem leitet er den vom Bundesrat eingesetzten Beirat zur Zukunft des Finanzplatzes. Brunetti leitete ausserdem von 2003 bis 2012 die Direktion für Wirtschaftspolitik im Staatssekretariat für Wirtschaft (SECO).

In Bezug auf die Vollgeld-Initiative ist wohl die Bemerkung Brunettis entscheidend: Eine radikale Umstellung wäre notwendig, in einem Umfeld, wo alle anderen Länder das jetzige System beibehalten würden. **Die Vollgeld-Initiative kann nicht alleine in der Schweiz umgesetzt werden.** Da sind wir wohl froh, dass wir nicht der EU beigetreten sind und diese Völkergemeinschaft die Vollgeld-Initiative einführen will..... „Ausserdem gibt es viel bessere Instrumente, die Finanzstabilität zu sichern. Und zwar sind dies eben **Massnahmen zur Reduktion der Too-big-to-fail-Problematik**, so Brunetti. **Dies dürfte den Zürcher Ständeratskandidaten Ruedi Noser nicht freuen, meint doch dieser, man könne sich nun Zeit lassen und man müsse das TBTF-Problem auf individueller Basis für jede Bank lösen....**

Bundesrat Ueli Maurer - «Die Armee kostet mindestens fünf Milliarden»

Markus Häfliger, Marc Tribelhorn, 29. August



Ordnungspolitik vor Sicherheit – damit disqualifiziert sich die Kleine Kammer im Bundesparlament gleich selbst!

Noch immer hat Bundesrat Ueli die grosse Chance, dass seine WEA-Vorlage (Weiterentwicklung der Armee) zur Makulatur verkommt! Nur die allergrössten Optimisten dürften daran glauben, dass die Armee die längst beschlossenen 5 Milliarden jährlich, auch in Zukunft zugesprochen erhält! Das KAP (Konsolidierungs- und Aufgabenüberprüfungspaket) lauert schon mehr als um die Ecke! Und Ueli Maurer bestätigte nach der Ständeratssitzung: „Bei weniger als 5 Milliarden gerät die WEA zur Makulatur, der Betrag von 5 Milliarden ist bereits ein Sparbudget, denn gefordert wären 5,4 Milliarden!

Der Nationalrat hat die Armee reform im ersten Durchgang abgelehnt. Wie zuversichtlich sind Sie, dass Sie die Weiterentwicklung der Armee (WEA) doch noch zum Erfolg bringen?

Ich glaube, wir kriegen die Kurve. **Es gibt zur WEA schlicht keine vernünftige Alternative.** Jetzt müssen wir allerdings noch die Frage der Finanzierung klären.

Diese ist das Problem. Die SVP sagt warnend, dass sie die WEA definitiv ablehnt, wenn das Militärbudget nicht ab 2017 auf fünf Milliarden Franken steigt. Das ist aber kaum realistisch, weil der Bund ein neues Sparpaket vorbereitet.

Die Armee, die wir konzipiert haben, kostet mindestens fünf Milliarden, sonst ist die WEA nicht realisierbar. **Für dieses Budget haben sich Parlament und Bundesrat wiederholt ausgesprochen. Die Frage ist nicht, ob wir auf fünf Milliarden kommen, sondern wie und wann.**

Ist es nicht so, dass die Armee derzeit gar nicht genügend beschaffungsreife Projekte hat, um ihre Ausgaben bereits ab 2017 auf fünf Milliarden anzuheben?

Ich hatte kürzlich eine Sitzung mit Armasuisse und bin nun wieder optimistischer, dass wir ab 2017 bereit sind. Notfalls können wir gewisse Rüstungsprojekte leicht hinausschieben. **Wenn das Ausgabenwachstum generell gedrosselt wird**, kann wohl auch die Armee ihre Ausgaben nicht im geplanten Tempo erhöhen. Mittelfristig kommen wir aber nicht mit weniger als fünf Milliarden aus. **Das wäre der GAU für die Armee.** Alles in allem halte ich die Entwicklung um die WEA für erfreulich.

Wie das?

Die Zusatzschlaufen haben fruchtbare Diskussionen ausgelöst. Intern mussten wir darüber Rechenschaft ablegen, was wir wirklich brauchen. Und extern figuriert die Sicherheitspolitik endlich wieder auf der politischen Traktandenliste.

Es war die SVP, die Ihre Vorlage im ersten Durchgang scheitern liess.

Ich bin nicht unglücklich, dass meine Partei Druck ausübt für einen Vierjahres-Rahmenkredit von 20 Milliarden Franken. Von anderer Seite wird ja für 18 Milliarden plädiert. Am Schluss muss man einen Kompromiss finden, dafür mache ich meiner Partei aber keine Vorgaben. Zudem sehen auch Politiker aus der FDP und der CVP, dass wir unbedingt fünf Milliarden pro Jahr brauchen.

Wie geht es weiter nach dem Nein des Volkes zum Kampfjet Gripen?

Wir planen, dem Parlament 2017 einen Kredit für eine neue Evaluation für einen Kampfjet vorzulegen. 2020 wollen wir den Typenentscheid fällen und 2022 den Beschaffungskredit ins Parlament bringen. Das alles kann sich zwar noch leicht nach hinten verschieben, aber nicht unendlich. Weil wir derzeit immer mehr mit unseren F/A-18 fliegen müssen, kommen diese Flugzeuge um das Jahr 2025 an ihr Lebensende. Bis dann brauchen wir einen Ersatz.

Es gibt zur WEA schlicht keine vernünftige Alternative, sagt Bundesrat Maurer. Doch es gibt sie, der Status Quo ist weit besser, denn der höhere Mannschaftsbestand garantiert eine höhere Durchhaltefähigkeit, es besteht kein Grund auch die Anzahl Waffensysteme und deren Bestand zu liquidieren und die Infrastruktur für dieses Material sind vorhanden. Warum also ein weiterer Abbau von Mensch, Material und Logistik? Und welcher Feuerwehrkommandant entsorgt seinen Schlauch, bevor er sich einen neuen beschafft hat? Da ist vor allem an die Ausserdienststellung der Tiger F5-E zu denken, im Zusammenhang mit dem negativen Gripen-Entscheid!

Wer noch immer daran glaubt, dass die Armee 5 Milliarden pro Jahr erhalten wird, Bundesrat Maurer bezeichnet diesen Betrag als das absolute Minimum, ist schlichtweg ein Phantast und Träumer und handelt nicht im Dienste des Landes, indem er auch dem Souverän Sand in die Augen streut! Auch Maurer ist nicht konsequent, denn im gleichem Atemzug, wo er die 5 Milliarden unbedingt fordert, verweist er auf kommende Ausgabenkürzungen! Auch mit der Aussage: „Die Frage ist nicht, ob wir auf fünf Milliarden kommen, sondern wie und wann“, ist Maurer nicht glaubwürdig! Das heisst im Klartext, wir nehmen das Geld, das wir schliesslich erhalten! Damit bestätigt Bundesrat Maurer eines: Das ist der GAU für die Armee! Denn die Armee wird niemals die 5 Milliarden erhalten!

Schliesslich gibt der VBS-Chef ganz auf! Er sagt: Ich bin nicht unglücklich, dass meine Partei Druck ausübt für einen Vierjahres-Rahmenkredit von 20 Milliarden Franken. Von anderer Seite wird ja für 18 Milliarden plädiert. Am Schluss muss man einen Kompromiss finden.

Wenn selbst der Vorsteher des VBS sich mit einer Kompromissvariante begnügen will, steht eines fest:

Bundesrat Maurer hat nicht das Rückgrat, um für seine Sache zu kämpfen, er wurde im Bundesrat und Parlament schlicht nicht gehört. Aber Bundesrat Ueli Maurer ist nicht alleine, sein erster Mann in der Armee, André Blattmann, CdA, steht ihm nicht nach!

Da steht wohl nicht nur die Armee auf verlorenem Posten!

Weiterentwicklung der Armee - Ständerat bleibt hart im Poker um die Armeefinancen *Markus Häfliger, 8. September*

Bei der Weiterentwicklung der Armee kommt der Ständerat dem Nationalrat entgegen und lehnt die geplante Ombudsstelle ab. **Bei den Finanzen bleibt er aber auf Kollisionskurs.**

Im Poker um die Finanzierung der Armee bietet der Ständerat dem Nationalrat Paroli. Bei der Beratung der Weiterentwicklung der Armee (WEA) hat der Ständerat auch im zweiten Durchgang darauf verzichtet, einen fixen Frankenbetrag für das Armeebudget in das Gesetz zu schreiben. Im Nationalrat war die WEA damals im ersten Durchgang just an der Finanzierung gescheitert. Die SVP lehnte die Vorlage in der Ge-

samtabstimmung ab, weil sie die Garantien für ein Minimalbudget von 5 Milliarden Franken für ungenügend hält. **Ein solcher Fixbetrag wäre «ein finanzpolitischer Sündenfall»**, sagte jetzt Peter Bieri im Ständerat (Zug, cvp.). Auch Alex Kuprecht (Schwyz, svp.), Präsident der Sicherheitspolitischen Kommission, sagte, **man verzichte aus ordnungspolitischen Gründen auf eine fixe Zahl**. Trotzdem stehe die Kommission «grossmehrheitlich» zu einem 5-Milliarden-Budget. Allerdings könne die Armee ihr Budget ohnehin nicht per sofort auf die geforderten 5 Milliarden Franken erhöhen. Gemäss Kuprecht soll die Armee ihre Ausgaben ab 2017 zwar kontinuierlich steigern, **aber erst 2020 5 Milliarden Franken erreichen**. Dieser Plan des Ständerats kollidiert mit der Position der SVP. **Deren Fraktionschef Adrian Amstutz hat ultimativ 20 Milliarden Franken für die ersten vier Jahre gefordert ; andernfalls werde die SVP die WEA auch im zweiten Durchgang ablehnen (NZZ 26. 8. 15).**

Damit bleibt der Kernkonflikt um die WEA vorderhand ungelöst. In Nebenpunkten ist der Ständerat jedoch vorsorglich auf die Linie des Nationalrats eingeschwenkt. So sprach sich das Stöckli ebenfalls gegen die geplante Ombudsstelle aus, die bei Konflikten zwischen Armeeangehörigen und Armee hätte vermitteln sollen. Géraldine Savary (Waadt, sp.) argumentierte vergeblich, eine solche Stelle könnte das Vertrauen zwischen Volk und Armee verbessern. Für die Ratsmehrheit war die Ombudsstelle aber zu wenig wichtig, um dafür viel Herzblut zu vergiessen. **Pikant an diesem Entscheid ist, dass es das Parlament selber war, das 2011 per Motion die Schaffung einer solchen Ombudsstelle gefordert hatte.**

Hart bleibt der Ständerat ausser bei den Finanzen auch bei der Zahl der Wiederholungskurse. Im Nationalrat hatte es eine Mehrheit für sechs dreiwöchige WK gegeben. Der Ständerat hält nun an fünf WK fest. Joachim Eder (Zug, fdp.) warnte vergeblich davor, dass die WK-Truppen dauernd zu tiefe Bestände haben würden, wenn es nur fünf WK pro Soldat gebe. **Auch Bundesrat Ueli Maurer meinte, aus militärischer Sicht seien sechs WK «fast zwingend».** Offene Differenzen zwischen den Räten bleiben auch bei der Armeeorganisation.

Doch vorderhand geht es noch nicht um solche Details. **Sollte der Nationalrat sich in der Dezember-Session zum zweiten Mal gegen die WEA aussprechen, wäre die ganze Vorlage gescheitert.**

Die schlechten Ökonomen sitzen alle im Bundesparlament und Bundesrat, denn sie verkennen den Wert der Staatsaufgabe Nr. 1, der Schweizerischen Sicherheitspolitik! Aber so lange Armeeabschaffer (SP) gar in der Regierung sitzen, ist das Ende der Sparübungen für die Armee nicht absehbar, dafür aber das Ende der Armee!.....